



Das Reichsbanner

Nr. 2

17. Jahrgang

Februar 1973

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Frieden in Vietnam!

Senator William Fulbright

10. 1. 1973

Washington D. C.

Sehr geehrter Herr Senator,

seit der Befreiung von 1945 und seit meinem Fulbright-Studium an der Kansas University 1954/55 bin ich ein dankbarer Freund des amerikanischen Volkes. Immer habe ich die große politische und zivilisatorische Leistung Amerikas seit dem Unabhängigkeitskrieg ins rechte Licht zu setzen versucht. Das großmütige, wohlwollende, gute amerikanische Volk ist der Liebe aller anderen Völker wert. Sein Staat hat der Menschheit ein Beispiel gegeben für die Möglichkeit, ein emanzipatorisches Konzept erfolgreich zu verwirklichen, wenn es mit Mut und Opferwillen erkämpft wird. Diese USA stehen in der Weltgeschichte der Aufklärung neben dem Italien der Renaissance, dem England Cromwells wie der Levellers, dem Holland der Geusen, den Ländern des J. Hus, Th. G. Masaryk und A. Dubcek, dem Deutschland der Bauernkriege, der Schweiz, dem Polen vor der ersten Teilung, dem Frankreich von 1789 und 1871, dem Rußland der Dekabristen und Narodniki, Lenins und Trotzki, dem China Maos, dem Jugoslawien Titos, dem Vietnam Hos und anderen Nationen.

Dies führe ich an, um ein Mißverständnis zu vermeiden. Denn ich übernehme heute den Auftrag, unsere Kritik der verbrecherischen Bomben-„Politik“ der US-Regierung an eine kompetente Adresse zu übermitteln, und ich richte sie an Sie als an eine sowohl politische wie moralische Instanz.

Wir schätzen Sie und Ihre vielfältigen und energischen Initiativen für die Völkerverständigung. Ich selbst, der in den USA praktizierte Demokratie kennen lernen und mich großer Hilfsbereitschaft und Freundschaft erfreuen durfte, wäre undankbar und Ihrer Gastfreundschaft nicht wert gewesen, wenn ich heute schweigen würde. Schweigen wäre Betrug des Freundes. Wir wollen auch nicht verletzen und schon garnicht eine Solidarität zwischen Amerikanern und ihrer Regierung provozieren. Dennoch, so schwierig es ist, wollen wir offen sagen:

Der Bombenkrieg der US-Regierung gegen Vietnam ist unmenschlich. Er ist zudem eine Dummheit, für die das schuldlose, zu Fehlurteilen verleitete, abgelenkte, auf seinem Kontinent isolierte amerikanische Volk vielleicht einmal wird aufkommen müssen. Er zerstört das Ansehen der Vereinigten Staaten überall in der Welt ausser bei Nazis und Faschisten. Auch Sozialisten, das sollte man nicht übersehen, erwarten humanen Fortschritt auch von den frei-

heitlichen Elementen, der Bürgerrechtsbewegung der USA zumal, jener Gesellschaften, deren Liberalismus durch einen in sein hybrides Studium getretenen Kapitalismus überlagert worden ist. Dieser Krieg macht die USA völlig unglaubwürdig. Er entfremdet Amerika von Europa.

Er schafft Vorurteile gegen das amerikanische Volk, die wir dann wieder abbauen müssen. Dieser Krieg verteidigt nicht „die westliche Freiheit“ und überhaupt keine Freiheit, sondern das korrupte Diktatur- und Folterregime in Saigon. Alle praktische Erfahrung zeigt zudem, daß viele Entwicklungsländer keine andere Methode der Entwicklung zu fortschrittlicheren, aufgeklärteren und humaneren Verhältnissen zur Hand haben, als jene der Parteien, die den Marxismus-Leninismus akzeptiert haben. Diese Parteien schaffen zumindest die Freiheit von Hunger und äußerster materieller Not. Wir bitten deshalb mit unserer schwachen Stimme die Bürger der Vereinigten Staaten, mit allen verfassungsmäßigen und bürgerrechtlichen Mitteln ihre Regierung zu veranlassen, diesen Kampf gegen die humane und gesellschaftspolitische Logik bald und völlig einzustellen - einen Kampf, der verloren gehen muß für die USA, aber auch für zehntausende schuldlos verkrüppelter Vietnamesen. Dieser Krieg kann nur Haß erzeugen, Haß nicht nur in Asien! Wie können wir danach eine Welt erarbeiten, die den Zielen Jeffersons und Lincolns ähnlich sähe? Die großen politischen Leistungen der USA seit der virginischen Bill of Rights und der Declaration of Independence bis F. D. Roosevelts Reformen waren Meilensteine der menschlichen und menschheitlichen Entwicklung. Sie werden im Schutt der Bombenteppiche begraben werden!

Es ist unmenschlich, heute noch einen feudalen Ehrenstandpunkt zu vertreten. Es ist ehrenhaft, einen Krieg zu beenden, wer auch immer ihn begonnen hat. Die Kosten des US-Kriegs in Vietnam wären besser angelegt worden bei der Ansiedlung jener Vietnamesen, die nicht unter der Staatsform Hanoi leben wollen, irgendwoanders in der Welt. Offensichtlich hat Präsident Nixon nicht die staatsmännische Größe eines de Gaulle oder W. Brandt. Dies ist aber eine charakterliche Eigenschaft, die angesichts der Leiden in Vietnam keinesfalls länger geduldet werden darf.

Wir können nur hoffen, daß das gute amerikanische Volk und die Aufgeklärten unter seinen Gewählten die Entscheidungen erzwingen, zu denen sich seine Regierung nicht ermannen will.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. E. Knapp
(Landesvorsitzender NRW)

Die Vergangenheit im Heute

Professor Dr. Kurt Rossmann, der Nachfolger Karl Jaspers auf dem Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Basel, schrieb am 23. Oktober 1972 einen Brief an Bundeskanzler Brandt, der so beherzigenswert ist, daß wir Auszüge aus ihm dokumentieren wollen: Alle Gespenster einer schlechten und schlimmen deutschen politischen Vergangenheit scheinen sich in diesem Wahlkampf gegen Sie und Ihre Politik wieder zu Wort zu melden. Denn es sind die

Gespenster von gestern und ehegestern, die unter anderen Namen und in anderer Verkleidung heute die Gegner und Feinde der von Ihrer Koalitionsregierung eingeleiteten Politik sind. Es sind die späten Erben jener Interessenmächte, die seit jeher - sieht man geschichtlich zurück: seit dem unseligen Augsburger Religionsfrieden - jeden politischen Selbstbefreiungsakt des deutschen Volkes, wie ihn die meisten europäischen Völker: England und Frankreich,

die Niederlande wie die Schweiz in ihrer Jugend vollbrachten, verhindert haben. In Ihrer Politik, der Außenpolitik wie der Gesellschaftspolitik ersehe ich . . . den ersten, wenn auch und gerade unter den schwersten Bedingungen unternommenen Versuch eines solchen politischen Selbstbefreiungsaktes. . . . Die heutige Parteiensituation ist nicht neu. Sie bestand schon im wilhelminischen Reich. Wenn sich seither auch die Welt verwandelt hat, die damaligen Gegensätze sind im Grunde noch die heutigen. „Was uns noch retten kann“, so überschrieb Th. Mommsen, der mächtigste Geschichtsschreiber in deutscher Sprache . . . einen Aufsatz, in dem er gegen die durch den „Interessenbund des Junkertums und der Kaplanokratie“ herbeigeführte rechtswidrige Beschließung der Schutzzölle protestierte. Dabei forderte er:

„Dem ebenso falschen wie perfiden Köhlerglauben muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teile in Ordnungsparteien und in eine Umsturzpartei und daß es die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Millionen der Arbeiterpartei als pestverdächtig zu meiden und als staatsfeindlich zu bekämpfen. . . Für den gegenwärtigen schweren und gefährlichen Moment ist nichts notwendiger als Einverständnis derjenigen Liberalen, die noch berechtigt sind, sich also zu nennen, und der Arbeiterpartei. Dafür wird freilich auf beiden Seiten Abkehr und Umkehr erfordert.“ (Mommsen selber hatte zu den revolutionären Liberalen von 1848 gehört, was ihn für einige Jahre zur Emigration zwang.) - Und weiter: „Das natürliche und jetzt mehr als je gebotene Zusammengehen zwischen dem ehrlichen Freisinn und den durch die Habsucht der Interessencliquen gedrückten und zum Teil erdrückten, grollenden Arbeitermassen muß in die Tat umgesetzt werden. Es darf nicht mehr geschehen, daß der Freisinnige dem unverschämten oder verschämten Reaktionär seine Stimme lieber gibt als dem Sozialdemokraten.“

Die Sozialdemokratie ist die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden; jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden. Die Hingebung, die Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Massen imponiert auch dem, der ihre Zwecke nichts weniger als teilt.“

Durch die Liaison von gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sonderinteressen mit den restaurativen klerikalen Mächten sah Mommsen die ethisch-politischen Grundlagen des Staates schlechthin bedroht und in Frage gestellt: „Jetzt sollen die verbündeten Interessen niedrigster Art darüber entscheiden. . . . wie zum Besten der regierenden Cliquen der Staatsbürger auszubeuten und die Wissenschaft zu knebeln ist.“ Für ihn galt: die Ethik ist wie ein persönlicher so zugleich ein gesellschaftlicher und politischer Begriff, der sich in der staatlichen Ordnung ausdrückt. Politisches Handeln ist ethisches Handeln.

Fragt man unter diesem Postulat nach dem Begriff des Politischen bei den Wortführern Ihrer gegenwärtigen Hauptwidersacher, so findet man bei diesen, wenn auch verschleiert, vornehmlich das Beharren auf dem Standpunkt jenes 'law and order'-Denkens (bei Mommsen der Interessen- und zugleich Ordnungsparteien), für das umgekehrt die Ethik in der Politik nichts zu suchen hat und Politik ihrem Wesen nach nichts als Machtpolitik ist. Selbst die Wohlwollenden unter Ihren Kritikern, die Ihrer Ostpolitik gewissen Respekt erweisen, zeigen sich noch an diesen falschen Begriff des Politischen gebunden, wenn sie Ihre Außenpolitik in wohlmeinender Absicht mit der Adenauers vergleichen: Was dieser für die Westpolitik, das hätten Sie für die Ostpolitik geleistet. Ich halte diesen Vergleich für grundfalsch. Denn mit Ihrer Ostpolitik eröffnen Sie zugleich einen eigenen neuen Weg der deutschen Westpolitik und darüber hinaus neue Möglichkeiten der heutigen Weltpolitik. Adenauer war der letzte Repräsentant von Rang des borussisierten rheinischen Katholizismus in Deutschland. Er war ein geschickter und kluger Nutzer günstiger Konstellationen des damaligen Ost-West-Gegensatzes und arrangierte sich mit den Westmächten im Sinne von Schuhmachers heftigem aber zutreffenden Wort als 'Kanzler der Alliierten'. Politisch dachte und handelte er aus Motiven des wilhelminischen Deutschlands: teils den Motiven der früheren Zentrumspartei, teils der Großindustrie. Geschicktes Jonglieren war ihm alles. Nicht schlau, nicht gerissen zu sein, war ihm der ärgere Feind als Lüge und Ungerechtigkeit. Für ihn heiligte der Zweck die Mittel und, wenn es ihm opportun erschien, auch die der Täuschung und der Verleumdung. Der äußere Erfolg gab ihm zeitweilig recht. Sein Verdienst um die Aussöhnung Westdeutschlands mit Frankreich wird niemand schmälern wollen. Aber damit beschränkt er doch keinen neuen Weg. Und mit seiner letzten Sorge ausgesprochenen Zweifelsfrage: Was soll aus diesem Deutschland werden? gestand er gleichsam unbewußt die Aphorie seiner eigenen restaurativen Politik ein, die ihren Motiven nach gerade auf diese Frage keine Antwort geben konnte.

Das schlimme Erbe, das er hinterließ, ist diese seine von seinen Nachfolgern übernommene Fehlbestimmung des Begriffs des Politischen, der sich geschichtlich eben geradewegs von der das wilhelminische Deutschland beherrschenden Interessenpolitik herleitet, wie sie Mommsen so scharfsichtig charakterisiert hatte. Es ist ein Begriff der Politik nach außen wie nach innen, mit dem Macht und Herrschaft über Freiheit und Gerechtigkeit gestellt werden.

Das ist es, was bei Adenauers schwachen Nachfolgern in der Regierung und jetzt in der Opposition zu jener 'corruptio communis' des politischen Stils und Umgangs bis in die Niederungen der Vermischung privater mit öffentlichen Interessen führte, für die der klägliche Aufmarsch der Mandatsverfälscher mit ihren ebenso unglaubwürdigen wie armseligen Selbstrechtfertigungen und leeren Proklamationen der eindrucklichste Beweis war. Jede Verbindlichkeit der Begriffe und Kategorien des politischen Handelns wird von ihnen aufgehoben oder sinnentstellt. Ein zentrales Beispiel dafür ist der Begriff Selbstbestimmung im Verständnis der Oppositionsführer.

Was bedeutet denn Selbstbestimmung? Selbstbestimmung ist ein Akt der Freiheit im ethischen Sinne. Sie ist dem Einzelnen wie einem Staatswesen nicht vorgegeben, sondern aufgegeben. Sie ist nicht gegebenes Recht, sondern schafft erst Recht und ist nur, wenn sie bezeugt, wenn sie getan wird: unter welchen sich ständig wandelnden Bedingungen auch immer. Ich kann sie nicht für andere fordern, es sei denn durch mein Beispiel. Erst wenn ich selbst sie bezeuge und indem ich sie bezeuge, provoziere ich sie bei den anderen, auf die mein Handeln gerichtet ist.

In diesem Sinnen vermeine ich Ihre Politik als eine Politik der Selbstbestimmung zu verstehen und damit als einen Akt der Freiheit und der politischen Selbstbefreiung zugleich. Daß Sie die Politik - und dies gab es zuvor nicht in Deutschland - in die Dimension des Ethisch-Verbindlichen erhoben, gerade das ist Ihren Widersachern das schlechthin Unverständliche und für ihre interessengebundene politische Existenz Bedrohliche. So hat bei diesen jedes Wort, jeder Begriff eine andere Bedeutung als bei Ihnen. Sie erfüllen die staatlichen Aufgaben politisch im ethischen, und das ist: in einem für jedes menschliche Handeln allgemeinverbindlichen Sinne. Ihnen gilt, daß Freiheit als Selbstbestimmung nicht ohne Wahrfähigkeit ist. Für Sie legitimieren allein die rechten und gerechten Mittel den politischen Zweck, diesen selber hervorbringend. Für Ihre Widersacher, die Wortführer der Opposition, heiligt umgekehrt der jeweilige Zweck, das jeweilige Interesse die Mittel: alle Mittel, auch die schlechtesten.

Wahrhaftigkeit im Anerkennen der Realitäten und das moralische Bewußtsein der politischen Haftung für die Folgen des Terrors und der Barbarei des Nazistaates sind die Motive Ihrer Ostpolitik, mit der Sie - noch einmal: im Gegensatz zu Adenauers restaurativer Außenpolitik und Innenpolitik - einen ganz neuen Weg des politischen Handelns überhaupt anbahnten. Das taten Sie in der Einsicht, daß es die Grundfrage jedes politischen Handelns heute ist: wie in dieser wissenschaftlich-technisch rationalisierten Daseinswelt, für deren Ordnung es keine absolute Systemtheorie gibt und geben kann, menschliches Leben in Freiheit und Gerechtigkeit und damit in Frieden möglich ist. Bei allen, auch den schroffsten ideologischen Gegensätzen doch miteinander reden und sich vereinbaren zu können ohne Täuschung und unter Verzicht auf Gewalt (die beide zuerst Platon aus der Politik verbannt wissen wollte), ist das Prinzip, das Beginnen dieser Politik. Denn Prinzip heißt Anfang, einen Anfang setzen. Und ein solcher Anfang ohne Täuschung und Gewalt ist jederzeit, auch unter den schwersten Bedingungen, wie Sie es gezeigt haben, möglich und zugleich ständig neue Aufgabe.

Worum es in diesem Wahlkampf geht - und es geht dabei im Grunde alles um alles - ist die Verfechtung dieses Prinzips. Was der erste positive deutsche Beitrag zur Weltpolitik in den Anfängen jetzt schon ist und für die Zukunft weiterhin sein kann und soll, steht in ihm wie nach außen so auch nach innen zur Frage. Wer wirklich fühlt, daß er ein Bürger ist, wird diese ethisch-politische Bedeutung der Wahl ins Auge fassen. Sie allgemein bewußt zu machen, wird zwar schwer sein bei einem Wählervolk, unter dem immer noch starke Interessengruppen des Geldes und restaurativer nationalistischer und klerikaler Kräfte mächtig sind. Aber auch den früher politisch Gleichgültigen ist in den letzten Jahren vieles klarer geworden und wenn der Sinn einer Wahl in der politischen Selbsterziehung der Bürger liegt, so sind doch in dieser Hinsicht während Ihrer bisherigen Regierungszeit Fortschritte gemacht worden, die man zuvor kaum zu erhoffen wagte.

Die zweite geschichtliche Erinnerung betrifft die Sozialdemokratie und die Weimarer Republik. Von der Weimarer Republik wird heute zumeist von denen abschätzig gesprochen, die ihrer politischen Denkart nach gerade jenen näher stehen, als sie es selber wissen wollen und mögen, die die Zerstörung dieser Republik mitbetrieben

und gefördert haben. Zur Würdigung der Rolle der SPD in dieser Zeit bedarf es deshalb einer wesentlichen Korrektur, die ein schon vor der Etablierung der Bundesrepublik verstorbener Freund, der Rechtsphilosoph Radbruch, selber zweimal sozialdemokratischer Justizminister, in seinen Lebenserinnerungen 'Der innere Weg' vorgenommen hat. Auf die Frage, weshalb er Sozialdemokrat geworden sei, lautet seine Antwort: „Ich wurde Sozialdemokrat, weil diese Partei eine vernünftige, vorsichtige und redliche, verantwortungsvolle und phrasenlose, nicht zur Unzeit nationalistische Politik trieb, weil sie gerade die Eigenschaften besaß, die viele, die nur vermöge dieser Eigenschaften vor der Katastrophe gerettet worden sind, gern als kleinbürgerlich zu verspotten pflegen. Nur eine solche nüchterne und glanzlose, völlig unballadeske und unpittoreske Politik konnte Deutschland durch die schwere Zeit nach 1918 hindurchretten. Diese Rettung Deutschlands, das war die große Leistung jener Zeit, die der Sozialdemokratie zu danken ist; ihr Fehler, daß sie . . . das national Notwendige stumm und mit zusammengekniffenen Lippen ausführte.“ Woran die damalige SPD litt, sah Radbruch darin, daß sie ihren früheren „Sektencharakter auch dann nicht habe voll überwinden können, als sie zur Macht kam. Es wäre nötig gewesen einen weiteren Kreis Sympathisierender und Interessierter zu gewinnen . . . und dadurch ein unmerkliches Einsickern der sozialistischen Idee in die öffentliche Meinung herbeiführen zu können. Die SPD hat nicht vermocht, über ihre Parteipresse hinaus . . . auch nur eine Zeitung zu gewinnen, die in parteimäßig ungebundener Haltung weitere Kreise für ihre sozialistischen Ideen interessiert hätte“. Seither hat sich dies in manchem zwar zum Besseren gewendet, nicht aber in dem heute entscheidenden Punkt der Massenmedien. Die beiden großen Fernsehkanäle, zumal das ZDF, offerieren politische Nachrichten und Kommentare überwiegend wie eine Art Nebenparlament, in dem die CDU/CSU die Mehrheit besitzt. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben Ihrer nächsten Regierung sein, diesem Übel abzuhelfen, das unter dem formalen Schutz der Pressefreiheit sich gerade als deren eklatanter Mißbrauch in den letzten Jahren wie eine Pest verbreitet hat. Dabei geht es nicht um eine Einschränkung der Pressefreiheit. Diese ist unantastbarer Gut und Lebenselement jeder Demokratie. Es geht vielmehr um eine gerechte Besitzverteilung und innere Demokratisierung der Massenmedien selber, durch die allein die Pressefreiheit wiederhergestellt und in ihren eigentlichen Rechtsgrund gesetzt werden kann.

Hahn auf braunem Mist

Mit über elfhundert Mann Polizei ließ der baden-württembergische Kultusminister Hahn die Universität Heidelberg abriegeln und für alle Studenten sperren, nur um den rehabilitierten Professor Brückner im Reden zu hindern. Der tat es dennoch. Studenten und der größte Teil der Professoren aber, darunter auch sehr rechtsgerichtete, solidarisierten sich. Dies ist ein Erfolg, der gegenüber Herrn Hahn zu begrüßen ist. Denn Hahn, ein Deutschbalte, versucht politische Probleme mit Methoden zu „lösen“, die an seine baltische Gesellschaftsklasse erinnern: sonntags ging sie rüber ins Russische, um Litauer zu jagen. Dieser an den Neckar verschlagene Hahn versucht, sich zum Hauptmann aller reaktionären Kultusminister der Bundesrepublik zu stilisieren. Zwischen Hahn und die Heidelberger Studenten gestellt, ist es Pflicht aller Demokraten, gegen Hahn zu arbeiten. So forderten denn auch SPD und FDP im Stuttgarter Landtag bereits, den Rücktritt des baltischen Theologen („Theobalt“). Sein eigener Parteifreund, Kultusminister Vogel in Mainz, rügte Hahn, weil er dem stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Rolf Kosiek, an der Fachhochschule in Nürtingen eine Dozententstelle verschafft hat. Kosiek, seit 1965 Mitglied der NPD und auch Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, wollte an der Ingenieur-Hochschule in Koblenz lehren, doch Minister Vogel lehnte ihn ab, weil Bewerber mit verfassungsfeindlichen Aktivitäten keinen Platz im öffentlichen Dienst finden sollten. Was Vogel aber zu braun ist, ist dem Hahn gerade recht. Offenbar sehnt er sich nach Mist, damit er obenauf lauter krähen kann!

Kosiek hatte im Juli 1970 zusammen mit zwei anderen NPD-Abgeordneten eine DDR-Flagge vom Ulmer Theater gerissen, in dem gerade eine gesamtdeutsche Tagung stattfand. Kultusminister Hahn, dem das wohlbekannt ist, antwortete seinem Kollegen Vogel, daß es sich bei NPD-Kosiek „zwar um einen Nationalisten mit sehr konservativen Anschauungen handelt, nicht aber um einen Radikalen, der sich gegen den Bestand unseres Staates und unserer Gesellschaftsordnung wendet.“

Im Umkehrschluß können wir also feststellen, daß ein Minister, der einen NPD-Aktivisten nicht für einen Radikalen hält, selbst ein Radikalinski sein muß. Für Hahns Sympathie gegenüber Nazis gibt es einen weiteren Zeugen. Radio Hilversum in Holland meldete Mitte Dezember:

„Ungewöhnlich ist es nicht, daß frühere Nationalsozialisten Professor werden – schließlich war der frühere Wirtschaftsminister Prof. Schiller in der Nazizeit ein bekannter Wirtschaftler. Auffallend aber ist, daß die Proteste gegen den früheren SS-Angehörigen Rühle von Lilienstein sich mit dessen Examensarbeit befassen . . . Daß die Universität Stuttgart dem früheren SS-Mann, der 1932 Mitglied der Hitlerjugend war und 1944 als SS-Sturmbannführer die Niederlande unsicher machte, eine Professur anbietet, ist eher eine Beleidigung des niederländischen Volkes als eine Beleidigung für die westdeutsche Wissenschaft.“

Dies möge genügen. Die Fälle Kosiek und Lilienstein veranlassen uns, allen Studenten in Baden-Württemberg, die gegen Hahn arbeiten, unsere besten Glück- und Segenswünsche auszusprechen. Mögen sie völligen Erfolg haben! Auch der Opposition in Stuttgart wünschen wir Erfolg! Mögen sie ihn parlamentarisch erschlagen, den Hahn. Auf seinem eigenen braunen Mist!

H. Freiesleben

Stimmen der anderen . . .

Jungdemokraten erteilen Kirchen klare Absage

Eine eindeutige Absage haben die nordrhein-westfälischen Jungdemokraten (Judos) den beiden christlichen Kirchen in der Bundesrepublik erteilt. Auf ihrer Landestagung in Duisburg forderten sie die „konsequente Trennung von Kirche und Staat“.

Die 150 Delegierten verlangten in einer Resolution, die Kirchen in privatrechtliche Institutionen umzuwandeln und das staatliche Kirchensteuereinzugsverfahren abzuschaffen. Statt des herkömmlichen Religionsunterrichts an den Schulen sollte nur noch das Fach Religionskunde erteilt werden, um darin den „irrationalen Charakter von Religionen aufzudecken“. Konfessionelle Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten dürften nach Ansicht der Judos nicht mehr staatlich gefördert werden, die theologischen Fakultäten müßten aus den Universitäten verschwinden und soziale Aufgaben sollten grundsätzlich staatlichen Stellen übertragen werden. Die Delegiertenkonferenz sprach sich außerdem dafür aus, die kirchliche Repräsentation in öffentlichen Entscheidungsgremien (z. B. Rundfunkräte und Schulausschüssen) aufzuheben. Kirchenverträge und Konkordate sollten aufgekündigt und alle Gesetze von religiös motivierten Einflüssen befreit werden.

Einen Teil des Antrages verwiesen die Delegierten aus Zeitmangel an den Judo-Landesrat: darin hieß es, die Kirchen unterdrückten die Lebensfreude und sie hätten in „Verbindung mit den jeweils Herrschenden“ bis zur Gegenwart Kriege angezettelt und Millionen Tote hinterlassen. Insgesamt widerspreche Religion liberaler Politik.

DGB droht mit „bewegten Zeiten“ im öffentlichen Dienst

„Bewegte Zeiten“ im öffentlichen Dienst hat der Deutsche Gewerkschaftsbund für den Fall angekündigt, daß sich Bundesinnenminister Genscher „weiterhin einer vorurteilsfreien Grundsatzdiskussion“ über die Reform des öffentlichen Dienstrechts mit dem DGB „entzieht“. Das für die Beamtenpolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt widersprach insbesondere Genschers Auffassung, daß tarifvertragliche Regelungen für die Beamten nicht in Betracht kommen könnten.

Der DGB setzt sich „mit allen Mitteln dafür ein, daß auch die Beamten in Fragen ihrer materiellen Arbeitsbedingungen endlich die volle Verhandlungsautonomie erhalten“. Schmidt betonte, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfe es in der Frage der Mitbestimmung „kein minderes Recht“ geben.

Mit seiner „konservativen Auffassung“ strafe Genscher „all diejenigen Lüge, die ihn gegenwärtig als den innenpolitischen Reformen anpreisen möchten“. Er schein „vielmehr jeden unter Dampf stehenden Reformzug durch angezogene Bremsen am Abfahren hindern zu wollen“.

CDU-Gewerschafter kritisieren Dregger und Strauß

Als arbeitnehmerfeindlich haben drei CDU-Gewerkschafter die von Dregger und Strauß vertretene politische Linie kritisiert. In einem Interview mit dem Pressedienst der „Demokratischen Aktion“ vertrat der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz, Franz Schappel, die Ansicht, die Politik der beiden Unions-Politiker schade den Interessen der Arbeiter innerhalb und außerhalb der CDU/CSU. Engelbert Wilden vom DGB-Landesbezirk Saar sowie Klaus Dieter Zemlin, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU-Sozialausschüsse, machten in demselben Interview die anonymen Anzeigen zugunsten der CDU für die Wahlniederlage der Union entscheidend mitverantwortlich.

Angriff auf Strauß und Dregger

Der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl Heinz Hoffmann, der gleichzeitig führendes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse ist, hat den hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dregger und den CSU-Vorsitzenden Strauß scharf angegriffen. In der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ schreibt Hoffmann: „Strauß und Dregger dürfen die politischen Zügel nicht in die Hand bekommen“. Der „Gründung eines Rechtskartells“ unter der Führung der beiden Politiker würde, so Hoffmann, nach dem Verlust katholischer Arbeitnehmerstimmen bei der jüngsten Bundestagswahl der Auszug von katholischen Arbeitnehmern aus der Partei folgen. Damit es nicht soweit komme, bedürften Männer wie Kiep, Katzer und Blüm „jetzt der Unterstützung aller Parteimitglieder, denen der Bestand der CDU als Volkspartei und die Wiedergewinnung ihrer Leistungskraft in der Opposition mehr bedeutet als Machtpolitik und Ministersessel“.

Ahlener Kreis: Trennung der Fraktionen „ins Kalkül ziehen“

Zu einer „offensiven Verhandlungsführung“, die grundsätzlich die sach- und personalpolitischen Pressionen der CSU zurückweist und durchaus eine Trennung der Fraktionen ins Kalkül zieht, hat der Ahlener Kreis die CDU aufgefordert. Die beiden Sprecher der Sektion Hessen/Rheinland-Pfalz des Kreises, Marcus Schächter (Rheinland-Pfalz) und Edgar Weiler (Hessen), erklärten in einer Pressemitteilung, der CDU könne nichts Schlimmeres widerfahren, „als durch ein Strauß-Diktat in das Fahrwasser einer außenpolitisch sterilen, gesellschaftspolitisch hoffnungslos rückständigen CSU-Politik“ zu gelangen. Der Ahlener Kreis versteht sich als eine gesellschaftspolitische Vereinigung an der Mitgliederbasis der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Jungsozialisten sehen linken Parteiflügel nicht berücksichtigt

Die Zusammensetzung der SPD-Kommission für die Koalitionsverhandlungen mit der FDP hat der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Wolfgang Roth, scharf kritisiert. Vor der ordentlichen Bezirkskonferenz der rheinhessischen Jungsozialisten in Mainz sprach Roth von einer „Provokation für den linken Parteiflügel der SPD“. Mit Ausnahmen der drei Parteivorsitzenden Brandt, Wehner und Schmidt sei in der Kommission niemand vertreten, von dem für die Programmdiskussion der letzten Parteitage wichtige Beiträge geleistet worden seien. Besonders „unverständlich“ sei, daß Erhard Eppler, der Vorsitzende der Steuerreformkommission, nicht an den Koalitionsverhandlungen teilnehme. Von der SPD-Bundestagsfraktion verlangte Roth, dem Wählerauftrag entsprechend, eine konsequente Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Als politischen Schwerpunkt der nächsten Jahre nannte Roth eine Bodenreform, die den Gemeinden das Verfügungsrecht über Grund und Boden in den städtischen Ballungsgebieten bringen müsse.

Prof. Weizsäcker: Dritter Weltkrieg „nach wie vor“ möglich

Der Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker, glaubt „nach wie vor“, daß Machtpolitik zum Weltkrieg führt, „auch die, die jetzt gemacht wird“. In einem Interview der in Stuttgart erscheinenden „evangelischen Kommentare“ erklärte Weizsäcker, seine Prognosen für die Vermeidung eines dritten Weltkrieges seien von 1968 an „um einen ganzen Grad

pessimistischer geworden“. Bereits vor knapp zwei Jahren hatte der Wissenschaftler bei der Erläuterung einer von der Vereinigung deutscher Wissenschaftler begonnenen und im Max-Planck-Institut vollendeten Gemeinschaftsarbeit über „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ erklärt, angesichts des atomaren Wettrüstens in der Welt und der auf die Dauer unzureichenden Abschreckungswirkung sei ein solcher Krieg „ohne radikale Änderung der Weltpolitik“ nicht zu verhindern. Zu den Wirkungen seiner wissenschaftlichen Erkenntnis auf die Politik befragt, erklärte Weizsäcker im Zusammenhang mit der Ostpolitik der Bundesregierung: „Daß ich der Meinung war, daß diese Brandtsche Ostpolitik unterstützt werden muß, hing nicht damit zusammen, daß ich mich darüber täusche, daß die Russen ganz harte Machtpolitik treiben, sondern damit, . . . daß wir nicht mehr als zehn bis fünfzehn Jahre Zeit haben, um unter Umständen einen Zustand zu erreichen, der den wahrscheinlichen Weltkrieg vielleicht verhindert.“

Kommentator Käufler im „Südfunk Bayern“ am 15. November 1972:

Manchmal traut man seinen Augen nicht, aber wenn das stimmt, worüber DER ABEND heute, gestützt auf eine dpa-Meldung berichtete, dann hat sich Strauß auf einer Wahlversammlung in Regensburg so sehr disqualifiziert, daß er als Mitglied in einem möglichen CDU/CSU-Kabinett eigentlich gar nicht mehr in Frage kommen könnte. Wenn es stimmt, wiederhole ich, denn es klingt gar zu unglaublich, da es aber veröffentlicht worden ist - muß dazu auf jeden Fall etwas gesagt werden.

Strauß soll erklärt haben, die gegnerische Wahlkampfführung gleiche einer Giftküche, in der Goebbels-Methoden fortgesetzt würden. Eine Strategie der Diffamierung künstlich geschaffener Negativ-Gruppen wie der Hausbesitzer und Unternehmer sei nicht anderes, als was Goebbels mit dem Judentum gemacht habe, als er sie zu Staatsfeinden stempelte und ihnen den Davidstern aufzwang. So etwas darf selbst in der wildesten Hitze des Wahlkampfes nicht gesagt werden. Mag man den linken Flügel der Sozialdemokraten attackieren wegen dessen Attacken auf Kapital und Grundbesitz, - was Goebbels mit den Juden gemacht hat, endete in der Gaskammer. So etwas unterstellt man in der Demokratie auch nicht dem erbittertesten Gegner, und man kann vor allem auch die jüdische Tragödie nicht dadurch relativieren, daß man sie in den deutschen Wahlkampf zerrt. Hier hört der Spaß auf. Strauß ist zumindest von einem Teil seiner politischen Gegner schlimm, ganz besonders schlimm behandelt worden. Sollte er das, wovon heute berichtet wird, wirklich gesagt haben, hätte er selber die Entschuldigung für solche Angriffe geliefert. Der Schaden, den seine Partei durch die heutige Nachricht erleidet, kann noch garnicht übersehen werden. Es wäre gut, wenn der überzeugende Nachweis gelänge, daß Strauß das alles so nicht gesagt hat. Das wäre nicht nur gut für die Sache der CDU/CSU, sondern gut für alle. Die Demokratie lebt davon, daß sich Regierung und Opposition gegenseitig respektieren und für austauschbar halten. Wenn das nicht mehr gilt, ist der Staat in Gefahr.

Der Druckfehlerteufel

In unserer Januar-Ausgabe. Auf Seite 3 müßte es richtig heißen:
statt Arbeitgeber: Arbeitnehmer
statt Bann: Bonn
statt ohnmächtig: allmächtig
statt Oberflächenreformen: Oberflächenformen

Die Redaktion

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 2 - Februar 1973 - 17. Jahrgang - Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Stellvertretender Pressereferent und stellvertretender Redakteur

„Das Reichsbanner“: Walter Jansen, 23 Kronshagen/Kiel, Steindamm 1c,
Telefon (04 31) 58 13 24

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfassernamen erschnenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.